

## Gemeinsame Erklärung Russlands und Chinas zur Gestaltung einer multipolaren Welt und zu internationalen Beziehungen neuer Art

20. Mai 2026

Die Russische Föderation und die Volksrepublik China (im Folgenden als „die Vertragsparteien“ bezeichnet) spielen als Zivilisationen mit einer langen Geschichte, als Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen (UN) und ständige Mitglieder ihres Sicherheitsrats sowie als wichtige Machtzentren in einer multipolaren Welt eine konstruktive Rolle bei der Aufrechterhaltung des globalen Machtgleichgewichts und der Verbesserung des Systems der internationalen Beziehungen.

Geleitet von den Grundsätzen der russisch-chinesischen

- Gemeinsamen Erklärung über eine multipolare Welt und die Schaffung einer neuen internationalen Ordnung vom 23. April 1997,
- der Gemeinsamen Erklärung der Vertragsparteien zur internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert vom 1. Juli 2005 sowie
- der Gemeinsamen Erklärung der Vertragsparteien zur aktuellen Lage vom 4. Juli 2017,
- der Gemeinsamen Erklärung der Vertragsparteien über die Einleitung einer neuen Ära in den internationalen Beziehungen und die globale nachhaltige Entwicklung vom 4. Februar 2022,

erklären wir Folgendes:

**1.** Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich die internationale Lage und die Machtverhältnisse rasch gewandelt.

Einerseits haben die Welle der Entkolonialisierung und das Ende des Kalten Krieges zu einem deutlichen Anstieg der Zahl souveräner Staaten weltweit geführt. Die Weltgemeinschaft ist vielfältiger und komplexer geworden. Der Entwicklungsstand und der internationale Einfluss der Länder in Asien, Afrika, dem Nahen Osten, Lateinamerika und der Karibik haben zugenommen.

Die Zahl der regionalen und interregionalen Organisationen ist gestiegen, und ihre Aktivitäten decken alle Bereiche der internationalen Beziehungen ab, von Politik und Sicherheit bis hin zur Wirtschaft und humanitären Dimension, wobei ihre Rolle in globalen Angelegenheiten stetig wächst. Die Vernetzung und wechselseitige Abhängigkeit der Welt haben ein in der Menschheitsgeschichte beispielloses Niveau erreicht.

Die Versuche einiger Staaten, globale Angelegenheiten im Alleingang zu regeln, der ganzen Welt ihre Interessen aufzuzwingen und die souveräne Entwicklung anderer Länder im Geiste der Kolonialzeit einzuschränken, sind gescheitert. Das System der internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert durchläuft einen tiefgreifenden Wandel und entwickelt sich hin zu einem dauerhaften Polyzentrismus und der Entstehung einer neuen Form internationaler Beziehungen.

Angesichts ihrer historischen Erfahrungen haben die meisten Staaten zutiefst erkannt, dass eine neue Ära angebrochen ist und dass es notwendig ist, den Weg zu einer geeinteren internationalen

Gemeinschaft einzuschlagen, der von gegenseitiger Achtung grundlegender Interessen, Gleichheit, Gerechtigkeit und für alle Seiten vorteilhafter Zusammenarbeit geprägt ist, ohne die Welt in gegensätzliche Regionen und Blöcke zu spalten.

Andererseits wird die Lage in der Welt immer komplizierter. Negative neokoloniale Tendenzen, wie die Praxis einseitiger Machtansätze, Hegemonie und Blockkonfrontation, nehmen zu.

Allgemein anerkannte Grundnormen des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen werden regelmäßig verletzt, was es den Staaten erschwert, ihr Handeln zu koordinieren und Konflikte im Rahmen der Institutionen der globalen Governance zu lösen, von denen viele an Wirksamkeit verlieren. Die globale Friedens- und Entwicklungsagenda steht vor neuen Risiken und Herausforderungen, und es besteht die Gefahr einer Zersplitterung der internationalen Gemeinschaft und einer Rückkehr zum „Recht des Stärkeren“.

2. Zur Förderung eines harmonischen Prozesses zur Schaffung einer gleichberechtigten und geordneten multipolaren Welt sowie einer neuen Form der internationalen Beziehungen, einschließlich eines gerechteren und rationaleren Systems der globalen Governance, verpflichten sich die Vertragsparteien, die folgenden Grundprinzipien in ihren gegenseitigen Beziehungen zu beachten, und ermutigen die internationale Gemeinschaft, sich daran zu halten:

**1) Der Grundsatz der Weltoffenheit im Sinne einer inklusiven und für alle Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit.**

Es ist wichtig, die Spaltungen in der Welt zu überwinden und den Abbau grenzüberschreitender Barrieren in verschiedenen Bereichen voranzutreiben, wobei die Souveränität, die territoriale Integrität und die Identität aller souveränen Staaten zu achten sind. Es gibt keinen universellen Weg zur Entwicklung in der Welt, und es gibt keine Länder oder Völker „erster Klasse“. Die natürlichen Unterschiede zwischen den Staaten in einer so vielfältigen und komplexen Welt sollten kein Hindernis für die Entwicklung gleichberechtigter, respektvoller und für beide Seiten vorteilhafter Beziehungen zwischen ihnen darstellen. Es ist unerlässlich, die Entscheidungen und Entwicklungsmodelle jedes souveränen Staates zu respektieren. Die Demokratisierung der internationalen politischen Beziehungen und der Aufbau einer offeneren Weltwirtschaft liegen im grundlegenden Interesse aller Länder. Einseitige Ansätze zur Lösung gemeinsamer Probleme, Hegemonie und Zwangsmaßnahmen jeglicher Art sind inakzeptabel.

**2) Der Grundsatz der unteilbaren und gleichberechtigten Sicherheit.**

Die Bildung einer geeinteren internationalen Gemeinschaft angesichts wachsender gemeinsamer Risiken und Herausforderungen für die Menschheit bedeutet, dass die Sicherheit eines Staates nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen gewährleistet werden darf. Alle souveränen Staaten haben das gleiche Recht auf Sicherheit. Es ist notwendig, den berechtigten Sicherheitsbedenken aller Länder gebührende Beachtung zu schenken, den Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen zu legen, Blockkonfrontationen und Nullsummenspiel-Strategien abzulehnen, der Ausweitung militärischer Bündnisse, hybriden Kriegen und Stellvertreterkriegen entgegenzutreten und die Schaffung einer zeitgemäßen, ausgewogenen, wirksamen und nachhaltigen globalen und regionalen Sicherheitsarchitektur zu fördern. Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten sollten friedlich gelöst werden, indem die Ursachen der Konflikte angegangen werden. Es ist inakzeptabel, souveräne Staaten zu zwingen, ihre Neutralität aufzugeben.

### **3) das Prinzip der Demokratisierung der internationalen Beziehungen und der Verbesserung des globalen Governance-Systems.**

Allen Staaten und ihren Zusammenschlüssen steht es frei, ihre ausländischen Partner und Modelle der internationalen Zusammenarbeit zu wählen. Hegemonie in der Welt ist inakzeptabel und sollte verboten werden. Kein Staat und keine Staatengruppe sollte die internationalen Angelegenheiten kontrollieren, über das Schicksal anderer Länder entscheiden oder Entwicklungsmöglichkeiten monopolisieren. Das System der globalen Governance und Regulierung sollte sicherstellen, dass alle Staaten gleichberechtigt an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und davon profitieren, und es sollte kontinuierlich verbessert werden.

Im Rahmen der globalen Governance, die ein wichtiges Instrument zur Straffung des Systems der internationalen Beziehungen darstellt, ist es notwendig, sich an die Grundsätze der souveränen Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit im Völkerrecht, des Multilateralismus, der Menschenzentriertheit und eines ergebnisorientierten Ansatzes zu halten. Um dies zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, die Rolle des Multilateralismus als vorrangiges Instrument zur Bewältigung der vielschichtigen und komplexen globalen Herausforderungen zu stärken und einer Schwächung der Vereinten Nationen entgegenzuwirken.

Die Reform der Vereinten Nationen und anderer multilateraler Institutionen sollte sich an den Interessen der gesamten Menschheit orientieren und die Vertretung und Mitsprache der Entwicklungsländer im internationalen System konsequent stärken. Die Charta der Vereinten Nationen ist eine grundlegende Norm der internationalen Beziehungen, und ihre Prinzipien müssen in ihrer Gesamtheit und in ihrem Zusammenhang beachtet werden. Regeln, die in einem engen Kreis von Staaten entwickelt wurden, sollten das allgemein anerkannte Völkerrecht nicht ersetzen. Großmächte sollten besondere Verantwortung und Aufgaben übernehmen, sich selbst zusätzliche Anforderungen auferlegen und ihre Vorteile nicht missbrauchen.

### **4) Globale Vielfalt der Zivilisationen und Werte.**

Alle menschlichen Zivilisationen sind an sich wertvoll und gleichwertig; Zivilisationen lassen sich nicht in hoch- und niedrigentwickelte sowie stark- und schwachentwickelte unterteilen. Das geistige und moralische System einer Zivilisation kann nicht als außergewöhnlich oder anderen überlegen angesehen werden. Alle Länder sollten eine Sichtweise auf Zivilisationen vertreten, die auf Gleichheit, gegenseitigem Erfahrungsaustausch und Dialog beruht, und den gegenseitigen Respekt, das Verständnis, das Vertrauen sowie den Austausch zwischen verschiedenen Nationalitäten und Zivilisationen stärken, das gegenseitige Verständnis und die Freundschaft zwischen den Völkern aller Länder fördern und die Vielfalt der Kulturen und Zivilisationen schützen.

Es ist notwendig, sich entschieden gegen die Nutzung der Menschenrechte als Vorwand für Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie gegen die Politisierung und Instrumentalisierung von Menschenrechtsfragen zu wehren. Religion ist ein wichtiger Träger der menschlichen Kultur und spielt eine besondere Rolle beim Aufbau von Verbindungen zwischen den Nationen; alle Staaten sollten günstige Bedingungen für den interreligiösen Dialog und Austausch schaffen.

3. Die Vertragsparteien werden weiterhin eine gemeinsame Vision für eine multipolare Welt und eine neue Form gerechterer internationaler Beziehungen entwickeln.